



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/256 - 5. November 1955  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Die grosse Pause / Bericht aus Genf (VIII)	S. 1
Sowjetischer Staatsbesuch in Indien	S. 3
Der Kirchenkampf in der Sowjetzone	S. 5
Die Personalvertretungswünsche der Polizisten und Lehrer/Ein Vorstoss des DGB von NRW	S. 6

Was wird aus dem Junktim Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit ?

P.R. Genf

Was werden Molotow, MacMillan und Pinay an Instruktionen ihrer Regierung mitgebracht haben, wenn sie am Dienstag wieder in Genf sein werden ? Mister Dulles ist der einzige, der seine Regierung zumindest nicht durch eigenes Erscheinen um neue Richtlinien bitten wird. Er benutzt die grosse Pause der Konferenz zu einem politischen Abstecher nach Wien und Jugoslawien.

Wie sieht es im Augenblick aus ? Offensichtlich haben beide Seiten jetzt begonnen, darüber zu sprechen, wie die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zu Sachverständigenarbeiten und zu weiteren Beschlüssen der Regierungschefs übergeleitet und verdichtet werden können. Denn auch die Genfer Konferenz sollte ja keine endgültigen Entscheidungen, sondern nur möglichst konkrete Unterlagen für weitere Entschlüsse der "Chefs" bringen. Diese Absicht, ein brauchbares Ergebnis soweit wie möglich vorzubereiten, ist weniger in den offiziellen Konferenzreden als in Überlegungen und Gesprächen, die in den einzelnen Delegationen und vor allem zwischen ihnen stattgefunden haben, sichtbar geworden.

In den Sitzungen selbst wurde die meiste Zeit immer noch darauf verwendet, Standpunkt gegen Standpunkt zu stellen, ein mühseliges und trostloses Geschäft. Eine Kernfrage im gegenwärtigen Stadium ist aber die, wie die deutsche Wiedervereinigung in den in Umrissen be-

5. 11. 1955

reits erkennbaren Zeitplan der Vorschläge für einen europäischen Sicherheitspakt eingebaut werden kann. In diesem Zusammenhang ist es am Freitag zu einem Versuch der Westmächte gekommen, die einen knappen Drei-Punkte-Vorschlag über die Abhaltung von freien Wahlen in ganz Deutschland vorlegten und dabei zum ersten Mal einen festen Termin nannten, zu dem solche Wahlen stattfinden könnten, den September 1956. Es ist im Grunde die aufs äusserste komprimierte Form des ursprünglichen Edenplanes.

Die Drei-Punkte-Erklärung der Westmächte wurde für die westdeutsche Beobachter-Delegation zum ersten Anlass für eine eigene offizielle politische Erklärung während dieser Konferenz, und zwar in Form eines kurzen Appells an die sowjetische Delegation, sich diesem Vorschlag nicht zu verschliessen und an der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes mitzuwirken. Auf den Verlauf der Erörterungen zu der Doppelfrage Wiedervereinigung und europäische Sicherheit dürfte sie aber kaum praktischen Einfluss haben. Natürlich ist es auch abwegig zu vermuten, Molotows überraschender Flug nach Moskau stehe damit im Zusammenhang. Das wäre eine durch nichts berechtigte Überbewertung dieses Schrittes der westdeutschen Vertretung in Genf, der ja nur ein nachdrückliches Kopfnicken zu dem westlichen Vorschlag darstellt. Molotows Flug nach Moskau, sicher die interessanteste der Wochenend-exkursionen der Aussenminister, dürfte von ihm vor allem dazu benutzt werden, mit Bulganin und Chruschtschow darüber zu sprechen, in welcher Form man die in Genf errichteten Ansatzpunkte in der Sicherheitsfrage fortentwickeln könnte - auf oder nach der Konferenz. Und wie man sich zu den zu erwartenden westlichen Forderungen über die Verknüpfung dieses Punktes mit der Wiedervereinigung verhalten soll, in der man bisher praktisch nichts erreicht hat.

Im Lager der Westmächte hält man an diesem Junktin nachdrücklich fest. Eine Frage ist zum Beispiel, ob man Sachverständigenausschüsse einsetzt, die in dieser schwierigen Materie sich allmählich vorwärtsarbeiten sollen, wobei inzwischen auch die Ansätze in der Sicherheitsfrage fortentwickelt werden könnten, verpflichtende Abmachungen aber ausgesetzt werden sollen, bis man auch etwas Greifbares in der Wiedervereinigungsfrage in der Hand hat.

Die Frage an die Sowjets, man muss das immer wieder mit Bedauern feststellen, auf die es gerade jetzt entscheidend ankommt, ist leider immer noch nicht gestellt worden, nämlich die nach ihrer Auffassung über einen für sie tragbaren militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Da die westdeutsche Regierung sie nicht aufgreift, ist das von den Westmächten kaum zu erwarten. Hier liegt nach sozialdemokratischer Auffassung ein taktisches Versäumnis vor, das sich eines Tages bitter rächen kann.

## Das Dilemma der indischen Kommunisten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der sowjetische Ministerpräsident Marschall Bulganin wird in Kürze - wahrscheinlich Ende November oder Anfang Dezember - Indien einen Besuch abstatten. Es ist noch nicht entschieden, ob Herr Chruschtschow den Marschall nach Indien begleiten wird. Der Besuch dieser russischen Persönlichkeiten ist zweifellos in vieler Hinsicht ein wichtiges Ereignis für Indien.

Die sowjetische Haltung gegenüber Indien hat in den letzten Jahren eine Reihe von Wandlungen erfahren. Als 1947 die erste indische Regierung unter Nehru gebildet wurde, entschloss sich Moskau zu einer freundlichen Haltung diesem jungen Staat gegenüber und empfahl dies auch seinen Lakeien, den indischen Kommunisten. Der indischen Kommunistischen Partei schien es schwer zu fallen, sich so ohne weiteres diesem neuen Kurs anzupassen. Sie hatte schliesslich den indischen Freiheitskampf in der letzten Phase, als England und Russland Verbündete waren, nicht unterstützt. Es kam zu Richtungskämpfen innerhalb der Partei, die in widersprüchigen Resolutionen zum Ausdruck kamen. Als die revolutionäre Richtung die Oberhand gewann, ging die Partei zu Terrormassnahmen über. Aber 1948 schien auch Moskau wieder einmal bereit, eine Politik des Terrors gegen die Regierung Nehrus zu unterstützen. Es erklärte den indischen Staat, der Mitglied der britischen Commonwealth geblieben ist, als noch immer von der anglo-sächsischen Hehemonie abhängig.

Als dann aber Nehrus Politik der Unabhängigkeit von den zwei Machtblöcken der Welt und insbesondere seine Vermittlerrolle in welt-politischen Konflikten sich für die Sowjets von Nutzen erwies, begannen sie Nehru zu preisen. Die indischen Kommunisten fanden es jedoch wieder einmal schwer, sich auf die neue Linie einzustellen. Noch Anfang 1954 sprachen sie, zwar bereits in gemilderten Tönen, von ihrer Bereitschaft, um die wahre Freiheit Indiens - die Unabhängigkeit vom britischen Imperium - und um die Beseitigung der Kongressregierung und für die Einsetzung wahrer demokratischer Kräfte zu kämpfen. Als Nehru Anfang 1955 die Schaffung einer Gesellschaftsordnung auf sozi-

5. 11. 1955

alistischer Grundlage ankündigte, verlor die kommunistische Partei auch auf dem Gebiet der Innenpolitik an Boden. Dies zeigte sich bereits in den wenige Monate darauf folgenden Wahlen in der Provinz Andhra - einer ehemaligen Hochburg des Kommunismus - in denen die kommunistische Partei eine Niederlage ohnegleichen erlitt.

Nehrus Freundschaftsbesuch in Peking, der durch die Bekanntgabe der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz weltweite Bedeutung erfuhr, und sein Triumphzug durch Moskau nahm der kommunistischen Partei Indiens den letzten Anker. Sie treibt nun ziellos im Kielwasser der indischen Politik, denn sie hat weder auf dem Gebiete der Außenpolitik, noch auf dem der Innenpolitik eine Alternative zum Programm der Kongressregierung zu bieten.

Trotzdem ist ihr Selbsterhaltungstrieb noch nicht erloschen. Die Neuaufteilung der indischen Provinzen nach wirtschaftlich gesunden und kulturell möglichst einheitlichen Gesichtspunkten, die jetzt von der indischen Regierung beraten wird, gibt ihr eine Gelegenheit, sich einzuschalten. Im Norden Indiens gelang es ihr, eine unaufgeklärte, in den Bergen lebende Volksgruppe gegen ihre Einverleibung in irgend einen Staat aufzuwiegeln. Die Naga-Stämme, denen sie einreden, dass sie einen eigenen Staat in der indischen Union beanspruchen können, sind daraufhin zu Angriffen auf indische Dörfer übergegangen. Nehru sah sich gezwungen, seine Truppen einzusetzen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Art der Tätigkeit im Sinne der Sowjets ist. Der Besuch Marschall Bulganins bei Nehru, der als das Symbol des Friedens in der Welt gilt, soll die augenblickliche Friedenspolitik Moskaus noch vertiefen. Diese neue Linie, die der indischen Nation durch den Besuch des Marschalls präsentiert wird, wird die indischen Kommunisten zu völliger Tatenlosigkeit verdammen. Sie werden lernen müssen, was es heißt, in erster Linie Kommunisten und erst in zweiter Linie Inder sein zu dürfen.

5. 11. 1955

### Es geht um mehr als die Jugendweihe

sp. Die Auseinandersetzung des Zonenstaates mit der protestantischen Kirche hat eine neue Zuspitzung erfahren. Das Verbot einer Reihe protestantischer Kirchenzeitungen mit einem warnenden Kirchenwort zur Frage der Jugendweihe wurde von Ulbrichts Ausfällen gegen die protestantische Kirche vor dem ZK der SED begleitet.

Der SED geht es bei diesen Angriffen um die Verstärkung des Einflusses auf die Jugend, den die SED durch die staatliche Schule und die FDJ zwar heute schon besitzt, der aber seine Grenze an stärkeren Einfluss des Elternhauses und der Kirche hat. Es geht dabei nicht um den blossen Akt der Jugendweihe, sondern mehr und überzeugender um die Monate des vorbereitenden Unterrichts. Der Konfirmationsunterricht soll in seiner immunisierenden Wirkung durch den vorbereitenden Unterricht zur Jugendweihe beseitigt werden.

Vielleicht spekuliert man auch darauf, dass die Kinder und Eltern sich aus Überdross mit der Pflicht zur Teilnahme an zwei Unterrichten für den staatlich vorgeschriebenen Jugendweiheunterricht allein entscheiden werden. Für den kommunistischen Staat wie für die Kirche ist die Frage der Jugendweihe damit zu einer Frage der Selbsterhaltung geworden; das erklärt die Schärfe der Stellungnahme.

Aber es geht auch noch um etwas anderes. Ulbricht hat es in der Rede vor dem ZK offen ausgesprochen, dass es im Grunde die selbständige Haltung der protestantischen Kirche an sich ist, die der SED so schwer im Magen liegt. Die Kirchen sind die beiden Einrichtungen, die - ungeachtet der Zonen Grenzen - heute noch gesamtdeutsch geleitet werden und gesamtdeutsch arbeiten können. Die protestantische Kirche hat sich dabei in ihrer politischen Haltung auf keinen der deutschen Teilstaaten festgelegt, sondern versucht, gewissermassen als gesamtdeutsches Gewissen, ihre Brückenstellung über die Tatsache der Spaltung hinweg zu halten.

Bischof Dibelius ist ausserdem mit einer Reihe von eindeutigen Vermittlungsangeboten zwischen Bonn und Pankow in Erscheinung getreten, die angesichts des kommunistischen Wunsches zur Aufrechterhaltung des Status quo der Spaltung, die SED regelmässig in die unangenehme Zwangslage einer Stellungnahme versetzte. Die Starrheit der sowjetischen

5. 11. 1955

und zonalen Haltung in Genf lässt neue Schritte der Kirche befürchten. Durch die Androhung von Massnahmen gegen die Einheit der Kirche soll jetzt ein neuer Druck ausgeübt werden.

Die SED steht demnach heute auch in ihrer Haltung gegenüber den Kirchen wieder dort, wo sie im Frühjahr 1953 vor der Verkündung des Neuen Kurses stand. Auch damals waren Massnahmen angelaufen, die gegen die Einheit der Kirchen und vor allem der protestantischen Kirche zielten. Diese Tatsache aber geht über die angekündigten verschärften ideologischen Auseinandersetzungen zwischen SED und Kirche hinaus. Sie eröffnet trübe Ausblicke auf die Situation nach Genf.

+ + +

#### DGB von NRW legt Entwurf eines Landes-PVG vor

G.M., Düsseldorf

Die Einbeziehung der Polizeibediensteten und der Lehrerschaft in das Personalvertretungsgesetz (PVG) fordert jetzt der Landesbezirk des DGB von Nordrhein-Westfalen in einem eigenen Entwurf für ein im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu erlassendes Landesgesetz, das etwa 300 000 Personen in NRW betrifft. Dabei wurde von gewerkschaftlicher Seite besonders hervorgehoben, dass eine vertrauensvolle und demokratische Atmosphäre in der öffentlichen Verwaltung selbst die Voraussetzung für ein entsprechendes Verhältnis zur Bevölkerung ist. Das Bundesgesetz kennt für die Lehrer nur Personalvertretungen auf Bezirksebene, also nicht in den Lehranstalten, und in der Polizei gab es bisher nur "Beamtensvertretungen", die sehr schwach fundiert waren.

Der Gesetzentwurf des Landesbezirks hält sich im grossen und ganzen an das Bundesgesetz, das aber als Rahmengesetz für die Länder nach einem grundsätzlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für landeseigene Regelungen einen gewissen Spielraum zu lassen hat. Der Entwurf der Gewerkschaften unterscheidet sich u.a. von dem Bundesgesetz dadurch, dass er keine Strafbestimmungen bei Verletzungen des Amtsgeheimnis durch Personalvertreter kennt. Und zwar einmal deshalb nicht, weil Indiskretionen auch für Beamte kein strafrechtliches Vergehen an sich sind, vor allem aber deshalb, weil die Gerechtigkeit

5. 11. 1955

verlangt, dass dann auch Dienststellenleiter, die z.B. Wahlen von Betriebsvertretungen oder deren Tätigkeit sabotieren, strafrechtlich zu belangen wären. Neu ist im Entwurf des DGB-Bezirks ferner eine Bestimmung, welche die Jugendvertretungen stärken soll. Unter anderem sollen sie an Sitzungen des Personalrats, die Jugendfragen betreffen, das Recht zur Teilnahme erhalten, die Vorsitzenden der Jugendvertretungen sollen grundsätzlich an allen Sitzungen des Rats teilnehmen dürfen.

Über das PVG des Bundes hinausgehend verlangt der DGB-Entwurf nicht nur ein Mitsprache- sondern ein Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung auch hinsichtlich der Versetzung und Abordnung von Beamten zu einer anderen Dienststelle, der Anordnungen, welche die freie Wahl der Wohnungen beschränken, und der Entscheidung über Genehmigung einer Nebentätigkeit, da es gerade hier oft um die Kontrolle "selbstherrlicher Entscheidungen" von Dienststellenleitern geht. Die Einbeziehung öffentlicher Kreditanstalten in das Landesgesetz wird ferner gefordert.

Der Landesbezirk des DGB will mit seinem Entwurf die Regierung bei der Formulierung ihres Gesetzes beraten, das noch in diesem Haushaltsjahr verabschiedet werden dürfte. Vorbesprechungen mit Staatssekretär Lohschelder haben bereits stattgefunden. Dabei geht es dem DGB in NRW vor allem auch um die Kontinuität der Entwicklung, soweit sie sich im Rahmen des Bundesgesetzes überhaupt sichern läßt. Denn das bisher geltende Kontrollratsgesetz Nr. 22, auf Grund dessen zahlreiche, jetzt durch das Bundesgesetz gefährdete Betriebsvereinbarungen abgeschlossen wurden, hatte einen erheblich demokratischeren Charakter als das Rahmengesetz des Bundes.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau